Tijen Ataoğlu, LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages
Recht gut informiert
Newsletter Ihrer Bundestagsabgeordneten
Nr. 13

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Sitzungswoche stand ganz im Zeichen der Finanzen. Wir haben in dieser Woche alle Einzelhaushalte für das Jahr 2026 beraten und letztlich heute, am Freitag, den Bundeshaushalt für das Jahr 2026 verabschiedet. Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass es ein Kraftakt war, zwei Bundeshaushalte binnen weniger Monate zu beschließen. Als Arbeitskoalition haben wir diese Herausforderung aber erfolgreich gemeistert.

Am Rande des Plenums konnte ich einzelne spannende Termine wahrnehmen, wie etwa einen Besuch bei der Bundespolizei am Berliner Hauptbahnhof oder ein Treffen mit einer Delegation des Deutsch-Türkischen Akademikerbundes. Und auch die Sitzung der Frauengruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war diese Woche etwas Besonderes, da unser Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul (CDU) zu Gast war.

Diese arbeitsreiche Woche endet mit dem ersten Advent am Sonntag. Für mich geht es dann nach London, wo eine Sitzung des Ausschusses für Rechtsangelegenheiten und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates tagen wird. Ich werden Ihnen dazu bald gerne berichten.

Nun wünsche ich Ihnen aber eine freudige Lektüre und einen gesegneten ersten Advent.

Ihre Tijen Ataoğlu

P.S.: Bei der Generaldebatte zum Etat von Bundeskanzler und Bundeskanzleramt durfte ich Schriftführerin sein, was zu einem schönen Schnappschuss geführt hat.

Foto: Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Der Haushalt 2026 gibt die Antworten, die unser Land braucht

Der Haushalt für das Jahr 2026 steht: Insgesamt wird der Bund im kommenden Jahr 524,54 Milliarden Euro ausgeben. Das ist eine Steigerung im Vorjahresvergleich um 4,28 Prozent. Und nicht nur das: Die Investitionen des Bundes steigen mit 118,2 Milliarden Euro auf einen historischen Höchststand. Das entspricht einer Investitionsquote von sage und schreibe 10,5 Prozent. Unser erster stellvertretender Fraktionsvorsitzender Alexander Hoffmann fand genau die richtigen Worte, als er sagte: „Der Haushalt 2026 gibt die sicherheitspolitischen und staatspolitischen Antworten, die dieses Land in herausfordernden Zeiten braucht.“

Besonders erfreulich ist, dass der Etat des Innenministeriums, der nach Abschluss der Haushaltsberatungen ein Ausgabenvolumen von insgesamt 15,76 Milliarden Euro umfasst, vor allem für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt, das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe deutlich mehr Mittel vorsieht. Die Bundespolizei erhält konkret ca. 80 Millionen Euro mehr. Gut angelegtes Geld für unsere Sicherheit an Bahnhöfen, Flughäfen und unseren Außengrenzen.

Foto: Büro Christoph de Vries, MdB

Arbeitsgruppe Innen zu Besuch bei der Bundespolizei

Am Donnerstag besuchte ich mit meinen Kollegen aus der Arbeitsgruppe Innen die Bundespolizei am Berliner Hauptbahnhof. Vor Ort tauschten wir uns mit den Vertretern der Bundespolizei zu Lösungen für mehr Sicherheit an Bahnhöfen aus.

Der Hintergrund unseres Besuchs ist ernst, denn viele Bahnhöfe in Deutschland haben mit steigender Kriminalität zu kämpfen. Und nicht nur das: Menschen, insbesondere Frauen, fühlen sich immer unsicherer an Bahnhöfen. Das wollen wir als Union ändern.

Moderne Technologie kann für deutlich mehr Sicherheit sorgen. So kann sie beispielsweise Fahndungsmaßnahmen effizienter gestalten, indem sie die Identifizierung verdächtiger, gefährlicher oder gesuchter Personen in großen Menschenmengen erleichtert. Rein manuelle Videoauswertung kann das kaum leisten. Intelligente Videoanalyse hingegen entlastet zudem die knappen Personalkapazitäten und wirkt im Idealfall wie ein Frühwarnsystem bei Gewalt- oder Terrorlagen. Mit den neuen Erkenntnissen aus der Praxis werden wir nun weitere effektive Maßnahmen für die Sicherheit unserer Bahnhöfe beraten.

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Außenminister besucht Frauengruppe der Union

Unser Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul (CDU) besuchte diese Woche die Frauengruppe unserer Fraktion. Er tauschte sich mit uns offen über die aktuellen außenpolitischen Themen aus. Die außenpolitische Lage ist herausfordernd: Kriege, Krisen und Konflikte. Deutschlands Rolle in der Weltordnung ist daher wichtiger denn je. Deutschland ist wieder Vermittler, nicht nur Zuschauer.

Ich habe dem Außenminister insbesondere für seinen Einsatz im Nahen Osten und die Wiederaufnahme von intensiven Gesprächen mit der Türkei gedankt. Die Türkei ist ein wichtiger Partner für Deutschland. Daran werde ich als Berichterstatterin im Auswärtigen Ausschuss für die Türkei ebenfalls arbeiten.

Foto: Büro Tijen Ataoğlu, MdB

Wichtige Entscheidungen des Koalitionsausschusses

Am Donnerstagabend fand der Koalitionsausschuss statt, um gemeinsam Lösungen für drängende politische Fragen zu finden. Es wurden gute Ergebnisse erzielt, die in wirtschaftlich unruhigen Zeiten Planungssicherheit und finanzielle Stabilität für die Bürgerinnen und Bürger bringen werden.

So werden wir die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes bis Ende 2026 auf 24 Monate verlängern. Diese Entscheidung unterstützt Unternehmen dabei, auch bei schwankender Auftragslage die Arbeitsplätze für ihre Beschäftigten zu sichern. Das hilft gerade auch den Beschäftigten in meinem Wahlkreis.

Uns liegt die Zukunft unserer Automobilindustrie am Herzen. Deshalb wird Bundeskanzler Friedrich Merz bei der Europäischen Union darauf hinwirken, dass nach 2035 nicht nur Elektroautos, sondern auch emissionsarme, hocheffiziente Verbrenner neu zugelassen werden dürfen. Um den Umstieg auf diese Fahrzeugarten zu erleichtern, wird ein Förderprogramm über 3 Milliarden Euro speziell für Haushalte mit kleinem und niedrigem Einkommen aufgelegt. Familien mit Kindern werden dabei besonders berücksichtigt.

Nach intensiven Debatten in den letzten Wochen ging es auch um das Thema Rente. Wir führen die Aktivrente ein, stärken die Mütterrente und ermöglichen mit der Frühstartrente eine geförderte, private Alterssicherung für Kinder. Bei der gesetzlichen Rente wird das geltende Rentenniveau von 48 Prozent auch bis 2031 weitergelten. Um danach eine generationengerechte Weiterentwicklung zu ermöglichen, wird eine Rentenkommission bis zum Sommer notwendige Reformvorschläge erarbeiten.

Und weil Ministerpräsident Dr. Markus Söder als Vorsitzender der CSU am Koalitionsausschuss teilnimmt, war er am nächsten Morgen zu Gast in unserer Fraktionssitzung. So konnte ich mit ihm dieses Foto schießen.

Meine Homepage

Impressum:
Nr. 13 | 28. November 2025
Herausgeber:
Bundestagsbüro Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 / 227-70928
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Webview | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı